LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/3786**

27.03.2023

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der FDP

Städtische und ländliche Räume nicht länger gegeneinander ausspielen! – Landesregierung muss Interessen besser zum Ausgleich bringen

In den Metropolen herrscht eine immer größer werdende Wohnungsnot, die sich – Stand heute – sogar noch weiter verschärfen dürfte. Wie beispielsweise der Westfälische Anzeiger am 23. März 2023 berichtete, hat in der Konsequenz der nordrhein-westfälische Städte- und Gemeindebund dazu aufgerufen, verstärkt Wohnungen auf dem Land zu nutzen, um die Wohnungsnot in den Metropolen zu lindern.[1] Dafür müsse aber auch das Umland deutlich attraktiver gestaltet werden.

Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeinbundebundes Christof Sommer fordert die Politik auf, die Stärkung des ländlichen Raumes als Ziel zu formulieren. Sommers Bundesverbandskollege Gerd Landsberg hob – ebenfalls in der zurückliegenden Woche – gegenüber der Funke Mediengruppe hervor, dass „ca. 1,3 Millionen Wohnungen bundesweit vor allem im ländlichen Bereich, leer stehen“[2].

Diesen Leerstand gilt es besser zu erschließen! Gerade deshalb sei es nach Ansicht von Sommer und Landsberg sinnvoll, die ländlichen Regionen mit besserer Verkehrsanbindung auszustatten und die Arbeit zunehmend über Homeoffice fortzuführen. Sommer fordert zudem, dass es mehr Angebote für Bildung, Kultur, Sport und Freizeit auf dem Land geben müsse, die das Leben in Großstädten bislang attraktiver machten.

Von Seiten der schwarz-grünen Landesregierung ist seit ihrem Amtsantritt leider wenig zu vernehmen, welche Ideen und Planungen sie hat, Interessen von Stadt und Land in Einklang zu bringen. Eher das Gegenteil ist der Fall: Unlängst wurde bekannt, dass etwa etablierte Förderprogramme gestrichen werden sollen. CDU und Grüne wollen beispielsweise die Sportstättenförderung aus dem Programm für den ländlichen Raum ersatzlos streichen. Auch das Sonderprogramm für Feuerwehrhäuser im ländlichen Raum soll wegfallen. Doch anstatt sich zu ihren Kürzungsplänen zu bekennen, widersprachen sich Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung in der vergangenen Woche in verschiedenen Fachausschüssen des Landtags gegenseitig.

---

[1] Vgl. Artikel aus Westfälischem Anzeiger am 22.03.23 unter https://www.wa.de/nordrhein-westfalen/wohnungsnot-nrw-umzug-land-gemeindebund-empfehlung-nahverkehr-anbindung-mobilitaet-92162753.html, Zugriff am 23.03.23.
[2] Vgl. Landsberg gegenüber der Funke Mediengruppe, unter https://www.zdf.de/nachrichten/politik/wohnungsnot-metropolen-umzug-land-staedtebund-100.html, Zugriff am 23.03.23

Datum des Originals: 27.03.2023/Ausgegeben: 27.03.2023

Der ländliche Raum muss zunehmend attraktiver werden. Dazu gehört insbesondere der massive Ausbau der digitalen Infrastruktur und des Verkehrswegenetzes. Um das Wohnen in ländlichen Regionen ohne Pendel-Notwendigkeiten zu stärken, muss der Internetempfang verbessert werden, damit das Homeoffice als echte Alternative in ländlichen Regionen auch dauerhaft Anklang findet. Die Infrastruktur auf dem Land, darf dem urbanen Raum in nichts nachstehen.

Wir müssen jetzt die kulturelle und wirtschaftliche Infrastruktur verbessern. Viele Kulturstätten sind in schlechtem baulichen Zustand, sind vielerorts nicht barrierefrei und nicht auf dem neusten Stand der Technik. Hierfür müssen diese Regionen gefördert werden. Wir müssen die lokale Wirtschaft ankurbeln. Wo neue Arbeitsplätze geschaffen werden, werden potenzielle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein.

Auch der gesundheitlichen Versorgung müssen wir Beachtung schenken. Die hausärztliche Versorgung muss weiter ausgebaut werden. Der Landarztberuf muss ebenfalls attraktiver sein, was durch die bisherigen Förderprogramme, wie bspw. die Landarztquote im Medizinstudium, zwar unterstützt wird, aber durch weitere Maßnahmen intensiviert werden muss.

Der Städte -und Gemeindebund hat mit seinen Anregungen Raum für eine Diskussion eröffnet und den Bedarf zum Handeln seitens der Landesregierungen klar gemacht. In Nordrhein-Westfalen besteht dringender Handlungsbedarf, damit die Städte wie Köln, Münster, Bonn, Neuss oder Düsseldorf entlastet werden. Der Landtag muss sich daher in einer Aktuellen Stunde mit den Forderungen des Städte- und Gemeindebundes beschäftigen. Zudem gilt es sich über die aktuellen Pläne der Landesregierung auszutauschen, wichtige Programme zur Stärkung des ländlichen Raums zu streichen.

Henning Höne
Marcel Hafke

und Fraktion